



Volker Manthei hat die Grundsteuerbescheide der vergangenen Jahre verglichen. Er wird nächstes Jahr mehr als doppelt so viel zahlen wie noch im Jahr 2002.

Seit dem Euro hat Unna die Grundsteuer verdoppelt

UNNA. Seit 2002 wurde die Grundsteuer erhöht, nächstes Jahr ist die Verdopplung überschritten. Ein Unnaer rechnet nach: Ein eingefrorener Steuersatz hätte für ihn eine schöne Urlaubsreise bedeutet.

Von Thomas Raulf und Sebastian Smulka

Im Jahr 2002 musste Volker Manthei 227,64 Euro vom Steueramt im Rathaus einziehen lassen. Für seine 90-Quadratmeter-Eigentumswohnung fiel diese Grundsteuer an bei einem Hebesatz von 400 Punkten. Im kommenden Jahr wird Manthei mehr als das Doppelte an die Stadt bezahlen müssen. Mit dem aktuellen Ratsbeschluss über einen Hebesatz von 843 Punkten fallen für Manthei 479,75 Euro an.

Zum Vergleich: Wäre Mantheis Wohnung in Bergkamen, müsste er schon jetzt 41 Euro weniger zahlen. Unna zählt im Kreis zu den teureren Pflastern. Nur in Bönen, Schwerte und Selm liegt der Hebesatz für die Grundsteuer B schon jetzt über dem von Unna. In Schwerte soll der Satz 2019 noch einmal um 30 auf 880 Punkte erhöht werden, Bönen bleibt auch ohne weitere Anhebung mit 940 Punkten kreisweiter Spitzenreiter. Auch im kommenden Jahr aber zahlen Hausbesit-

zer in Unna mehr als ihre Nachbarn in Bergkamen, Fröndenberg, Holzwickede, Kamen, Lünen, Selm und Werne.

Unna relativ teuer

Die Stadt Unna hat den Grundsteuerhebesatz seit 2002 zunächst in relativ kleinen Schritten angehoben, von 400 Punkten auf 475 im Jahr 2012. Der Unterschied aber zwischen dem Jahr 2012 und 2013 betrug für den Beispiel-Unnaer Manthei schon rund 167 Euro im Jahr. Der Stadtrat erhöhte auf 769 Punkte, um dann ab 2015 wieder um sieben Punkte abzusenken. Dieser Erlass, der für vier Jahre gelten sollte, machte sich bei Manthei mit rund 16 Euro positiv bemerkbar – für vier Jahre insgesamt. Und jetzt kommt durch den jüngsten Ratsbeschluss die Erhöhung auf 843 Punkte. Im Vergleich zu diesem Jahr wird Volker Manthei 46 Euro weniger in der Tasche haben. „Ich kann das zahlen“, sagt der Unnaer. Aber es gebe eben auch viele Menschen, für die ein solcher

Betrag erheblich ist.

Umgerechnet ein Urlaub

Jedenfalls nicht unerheblich erscheint, was die Unnaer in den vergangenen Jahren mehr bezahlt haben. Wäre der Hebesatz im Jahr 2002 bei 400 Punkten stehen geblieben und hätte Volker Manthei zur Seite legen können, was er nun tatsächlich mehr zahlen musste, er hätte

heute 1462,77 mehr auf der hohen Kante – die nun kommende Erhöhung nicht eingerechnet. Ein Urlaub? Tolle Weihnachtsgeschenke für seinen Enkel? Dem Unnaer fallen einige Dinge ein, die er von dem Geld bezahlt hätte.

Die Grundsteuer muss im Grunde jedermann zahlen. Hausbesitzer bekommen direkt von der Stadt Anfang 2019 entsprechende Beschei-

de. Wer zur Miete wohnt, ist ebenso von einer Veränderung des Hebesatzes betroffen. Vermieter geben den Kostenanstieg an ihre Mieter weiter. Und sie tun es nicht unbedingt gern. Ein Eigentümer in Unna, der vermietet, verriet unserer Redaktion, wie er die Grundsteueranhebung bewertet. „Ich bin gerade froh, neue Mieter gefunden zu haben. Die will ich doch halten.“

Grundsteuer B steigt um 10,6 Prozent

SPD und CDU beschließen den Haushalt für 2019/20

Die Belastung der Bürger durch die Grundsteuer B steigt im kommenden Jahr abermals auf einen Rekordwert: Der Hebesatz, mit dem die Grundbeträge für bebaute oder baufähige Wohngrundstücke gehebelt wird, beträgt dann 843 Punkte. Gegenüber dem bisherigen Wert ist das ein Aufschlag von 10,6 Prozent. Die Grundsteuer B trifft praktisch jeden Menschen mit Wohnsitz in der Stadt: Steu-

erpflichtig sind zunächst die Grundeigentümer; Vermieter dürfen sie aber auf ihre Mieter umlegen. Angehoben werden aber auch die Hebesätze der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Flächen von 398 auf 447 Punkte und für die Gewerbesteuer von 470 auf 481 Punkte.

Die Hebesätze sind Teil des städtischen Haushaltsplanes für die beiden kommenden Jahre. Der Rat der Stadt be-

schloss ihn gestern nach kontroverser Debatte. Lediglich SPD und CDU trugen ihn mit. Bündnisgrüne, FDP, Freie Liste, Linke und Fraktionslose lehnten ihn ab. CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich übte trotz der Zustimmung seiner Fraktion ebenfalls Kritik an dem Plan. Er stelle für die CDU „das absolute Minimum dessen dar, was uns die Zustimmung gerade eben noch möglich macht“.